

Deputation zufrieden

Mahnmal-Pläne liegen jetzt vor

VON NINA WILLBORN

Bremen. So kuschelig war's lange nicht mehr in der Kulturdeputation beim Thema Mahnmal zur Erinnerung an den Raub jüdischen Eigentums während der NS-Zeit. Nach zuletzt viel Streit und Mutmaßungen, die eine oder andere Seite verzögere den Fortgang des Projekts, gab es nun eine Vorlage des Kulturreports, in der der bisherige Zeitplan erklärt wurde. Außerdem sind nun die voraussichtlichen Kosten in Höhe von gut 660 000 Euro klar und ein voraussichtlicher Zeitrahmen für die Baumaßnahmen (wir berichteten). Die Deputierten aller Fraktionen bedankten sich dafür.

Um die Kosten nicht unnötig in die Höhe zu treiben, soll nun geprüft werden, inwieweit der Bau mit den 2021 beginnenden Hochwasserschutz-Maßnahmen an der Schlachte zusammengelegt werden kann. Lediglich Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, äußerte Bedenken. Man rede bei den Kosten nicht nur über Geld des Senats, argumentierten dagegen einhellig die anderen Mitglieder. Finanziert werden soll das Mahnmal auch von Unternehmen und aus Privatpenden.

BN/WK vom 26. September 2018, Seite 7

Mahnmal wird frühestens 2020 eingeweiht

Kulturbehörde legt Zeitplan und Kostenschätzung für Gedenkort an der Schlachte vor

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Das geplante Mahnmal zur Erinnerung an den Raub jüdischen Eigentums während der NS-Zeit, das an der Schlachte errichtet werden soll, wird voraussichtlich 2020 fertiggestellt werden können – möglicherweise aber auch erst im Jahr darauf. Die Kulturbehörde geht aktuell von Kosten in Höhe von 660 000 Euro aus, wobei eine Abweichung „von 25 Prozent nach oben oder unten weiterhin möglich bleibt“, wie es in einer aktuellen Vorlage für die Kulturdeputation heißt.

Die Bürgerschaft hatte bereits im November 2016 beschlossen, dass in Bremen künftig ein Mahnmal an die massenhafte Ausplünderung von Juden erinnern soll. Seit diesem ersten Schritt ging viel Zeit ins Land, unter anderem für Überlegungen zu Standort und Konzeption des Objekts. Ein Entwurf der Künstlerin Angie Oettingshausen liegt inzwischen vor. Danach soll in Höhe der Zweiten Schlachtpforte ein rund 15 Quadratmeter großer Raum in die Schlachte-Mauer eingelassen werden. Durch Glasfronten wird man von der Seite und von oben in ihn hineinsehen können. Der Raum ist leer, lediglich Schattierungen an den Wänden sollen auf ausgeräumte Möbel in jüdischen Wohnungen verweisen.

Ursprünglich sollte in der Deputation bereits vor zwei Wochen ein zustimmender Beschluss zu dem Projekt gefasst werden, doch die Kulturbehörde hatte ihre Beratungsvorlage für die Sitzung kurzfristig zurückgezogen. Dem Vernehmen nach verlangten insbesondere die Grünen eine genauere Aufschlüsselung der Gesamtkosten. Die hat das Bremer Freiraum-Planungsbüro Kreikenbaum + Heinemann inzwischen geliefert. Das eigentliche künstlerische Objekt fällt demnach mit rund 40 000 Euro kaum ins Gewicht. Die größten

Kostenblöcke beziehen sich auf den konstruktiven Betonbau und die Einpassung des Mahnmals in die Stufenanlage.

Offen bleibt weiterhin, wer wie viel zu den Kosten des Projektes beisteuert. Angestrebt war bisher, dass das Land Bremen aus allgemeinen Haushaltsmitteln rund ein Drittel zahlt, mindestens ein weiteres Drittel diejenigen Unternehmen aus der Logistikbranche oder deren Rechtsnachfolger, die aus der Verwertung jüdischen Eigentums in der NS-Zeit Profit schlugen. Zum Beispiel die Firma Kühne + Nagel, die sich bei der Enteignung der Juden durch die NS-Behörden nach Einschätzung von Historikern als williger Handlanger betätigte.

Zur Deckung des dann noch offenen Restbetrags soll an private Spender appelliert werden.

In der Vorlage für die Kulturdeputation, die am kommenden Donnerstag zusammenkommt, wird erstmals ein halbwegs konkreter Zeitplan für die Verwirklichung des Arieisungsmahnmals aufgezeigt. Demnach könnte der Bau innerhalb von 22 Monaten nach der Beschlussfassung des Senats zur Entwurfsplanung für das Projekt abgeschlossen werden. Der Senat wird das Thema voraussichtlich Ende Oktober auf der Tagesordnung haben. Einweihung also im Spätsommer 2020? Im Gespräch mit dem WESER-KURIER wollte Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz eine solche Festlegung am Dienstag noch nicht treffen. Unter Kostengesichtspunkten könne es sich anbieten, die Realisierung des Projektes an der Schlachtemauer „mit mittelfristig anstehenden Hochwasserschutzmaßnahmen am Weserufer zu verbinden“, so Emigholz. Möglicherweise rücke die Fertigstellung dann ins Jahr 2021.

Aus Sicht der Linken wäre bereits 2020 arg spät. Sie sehe „den angesetzten Zeitplan äußerst kritisch“, teilte die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft, Miriam Strunge, schriftlich mit. Grundsätzlich sei sie zwar froh, dass nun endlich ein Zeit- und Kostenplan vorliegt, der ihre Fraktion „seit einem Jahr einfordert“, so Strunge. Doch dass es „von der Beschlussfassung in der Bremischen Bürgerschaft bis zur Einweihung des Mahnmals vier Jahre braucht, hinterlässt für mich die Frage, ob immer an allen Stellen mit höchster Priorität an diesem Projekt gearbeitet wird“, merkte Strunge kritisch an. Es müsse jetzt das Ziel sein, den vorgelegten Zeitplan einzuhalten und die Planungsmittel freizugeben.



Das Mahnmal soll in Höhe der zweiten Schlachtpforte entstehen.

FOTO: KOCH